

Die Stadt spielt den Ball der Bevölkerung zu

Die Tür, die direkt auf den Parkplatz führt, ist offen, damit Rollstuhlfahrer nicht über die Treppe in den Raum müssen. Eine Dolmetscherin übersetzt das Gesagte in Gebärdensprache, und die Redner geben sich Mühe, langsam zu sprechen: Die Organisatoren dieses Info-Anlasses am Mittwoch geben ihr Bestes, um Uster als Inklusionsstadt vorzuleben. Inklusion bedeutet, dass Menschen mit Behinderung ins soziale Leben integriert werden. Die Stadt hat verschiedene Abteilungen der Verwaltung sowie Vereine und Behindertenorganisationen eingeladen und über das weitere Vorgehen informiert. Dies besteht aus drei Schritten:

Im Spätsommer 2018 soll eine Koordinationsstelle als Teilzeitpensum in der Stadtverwaltung besetzt werden. In einem zweiten Schritt will die Stadtverwaltung bei sich selbst beginnen und zum Beispiel ihre Kommunikation online behindertengerechter gestalten. Nach einer Kick-off-Veranstaltung im Herbst 2018 könne man dann mit der Umsetzung der eingereichten Projekte starten, sagt Andreas Wyss, der zurzeit die Organisation des Projektes bei der Stadt übernimmt.

Vor Ort waren auch die neu gewählte Stadtpräsidentin Barbara Thalmann (SP) sowie der abtretende Stadtpräsident Werner Egli (SVP). Dieser hatte einen

seiner letzten Auftritte in seiner Funktion und hielt die Eröffnungsrede. Egli habe als Kandidat vor vier Jahren gesagt, dass er ein Stadtpräsident für alle Ustermer sein möchte. Dabei habe er zwar nicht direkt an die Inklusion gedacht, doch Uster sei eine der ersten Städte, die Inklusion stark vorantreibe, sagte Egli. «Vielleicht schaut New York eines Tages nach Uster.»

Prozesse statt Strukturen

Um Menschen mit Behinderung besser im sozialen Leben zu integrieren, wählt die Stadt einen unüblichen Weg. Gängigerweise werden jeweils zuerst mit Experten Konzepte erarbeitet und Sit-

zungen durchgeführt. In Uster geht man aber anders vor: Die Bevölkerung, Vereine, Firmen und andere Organisationen werden aufgerufen, Ideen für Projekte einzureichen, welche die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen fördern. Diese Projekte werden in Zusammenarbeit mit einer Koordinationsstelle überprüft und umgesetzt.

Mit diesem Vorgehen, das auf Prozesse statt Strukturen setzt, könne man nachhaltige Angebote schaffen, die nicht mit dem Ende des Inklusionsprojekts im Jahre 2021 enden, sagt Wyss. «Wir wollen die kritische Auseinandersetzung in der Bevölkerung fördern.» Auch die Stadtverwaltung

könne Verbesserungen vornehmen und untersuchen, welche Hürden Menschen mit Behinderung bei der Einreichung eines Gesuches oder bei einer Anfrage an die Gemeinde haben.

Geht die Stadt also «planlos» in dieses Projekt? «Ja und nein», sagt Wyss. Nicht nur in Uster, sondern auch in anderen Gemeinden wisse man noch nicht genau, wie man eine Inklusionsstrategie umsetzen könne. «Wir haben daher aus der Not eine Tugend gemacht und dem Projekt einen experimentellen Charakter gegeben». Inklusion könne ausserdem nicht staatlich verordnet werden – darum involviere man hier die Vereine und Organisationen sehr

stark, so Wyss. Der Anlass endete mit einer Aufforderung an die Teilnehmer, mögliche Projekte zu diskutieren. Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales, fragte bei der Westschweizer Praktikantin der Verwaltung nach, ob sie alles verstanden habe. Die bevorstehenden Projekte können demnach auch Menschen mit anderen Muttersprachen helfen. Mit seinen Abschlussworten wollte Zwinggi nochmals zeigen, dass das Inklusionsprojekt permanent aus Fehlern lernen möchte: «Wir haben heute Abend vielleicht noch nicht alles barrierefrei gestaltet. Euer Feedback kann uns helfen, es beim nächsten Anlass besser zu machen.» asc

AvU - Zürcher Oberländer
9.6.2018